



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 20 der öffentlichen Sitzung am 20. Mai 2021

Antrags-Nr. 21-F-66-0001

In Wiesbaden ist kein Platz für Judenhass - Antisemitismus mit aller Härte entgegentreten -Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Freie Demokraten, Freie Wähler/Pro Auto sowie der Stadtverordneten Renate Kienast-Dittrich & Veit Wilhelmy-

Seit Jahren steigen deutschlandweit die polizeilich erfassten antisemitischen Delikte. Die Spannbreite reicht dabei von Beleidigungen, Sachbeschädigung bis zu tätlichen Angriffen oder Anschlägen wie auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019.

Dabei werden viele antisemitische Vorfälle in den amtlichen Statistiken gar nicht erfasst, obwohl sie das Leben vieler Jüdinnen und Juden in unserem Land zunehmend prägt. Eine immer größere Rolle spielt dabei der israelbezogene Antisemitismus, bei dem mithilfe der Schutzbehauptung, es werde allein die Politik des Staates Israel kritisiert, antisemitische Ressentiments und Übergriffe verdeckt oder gerechtfertigt werden.

Diese Form des Antisemitismus trat in den vergangenen Tagen besonders zu Tage, z.B. als unter dem Eindruck der derzeitigen Geschehnisse im Nahen Osten eine unangemeldete israelfeindliche Versammlung vor die Synagoge in Gelsenkirchen zog, um dort antisemitische Parolen zu brüllen, auf der „Nakba“-Demonstration in Frankfurt am Main oder den mehreren Versuchen der Verbrennung der israelischen Flagge vor jüdischen Gotteshäusern.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) Die Landeshauptstadt Wiesbaden verurteilt die Ausschreitungen und Übergriffe auf jüdische Mitmenschen und Einrichtungen aufs Schärfste. Unsere Stadt wird auch weiterhin jeglichem Antisemitismus auf allen Ebenen und in allen Lebenslagen entschlossen entgegentreten. Jüdisches Leben ist und bleibt integraler Teil unserer Stadtgesellschaft.
- 2) Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird noch stärker als bisher den verschleierte Alltags-Antisemitismus bekämpfen. Dabei werden wir uns an die Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance („Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“) halten.
- 3) Der Magistrat wird gebeten, sicherzustellen, dass Organisationen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen oder verneinen, weder finanziell noch ideell von der Landeshauptstadt Wiesbaden, ihren Gesellschaften und Gremien gefördert und unterstützt werden. Dies bezieht auch Organisationen, Projekte und Vorhaben ein, die die antisemitische BDS-Bewegung („Boycott, Divestment, Sanctions“) offen unterstützen.

Ergänzungsantrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und SPD

zum Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Freie Demokraten, Freie Wähler/Pro Auto sowie der Stadtverordneten Renate Kienast-Dittrich & Veit Wilhelmy:

„ In Wiesbaden ist kein Platz für Judenhass - Antisemitismus mit aller Härte entgegentreten“ der Stadtverordnetenversammlung am 20.05.2021

Ergänzung um:

„Die Landeshauptstadt Wiesbaden drückt ihre Solidarität mit der Jüdischen Gemeinde Wiesbadens aus. Denn Jüdinnen und Juden sind besonders von den oben genannten Ereignissen betroffen. Die Jüdische Gemeinde Wiesbadens ist ein wichtiger und lebendiger Teil der Stadtgesellschaft. Sie trägt mit ihren vielfältigen Veranstaltungen zum Verständnis für Jüdisches Leben bei. Wir stehen an der Seite der Jüdischen Gemeinde Wiesbadens.“

Ergänzungsantrag FW/Pro Auto zum Antrag:

„ In Wiesbaden ist kein Platz für Judenhass - Antisemitismus mit aller Härte entgegentreten“:

Nr. 1: Unverändert

Nr. 2: Unverändert

Nr. 3: Unverändert

Neu Nr. 4:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden solidarisiert sich in diesen schweren Tagen mit dem Staat Israel und seiner Menschen. Dabei denken wir im Besonderen auch an unsere Freunde in der Partnerstadt Kfar Saba.

Beschluss Nr. 0223

Der Dringlichkeitsantrag wird einschließlich der Ergänzungsanträge von Bündnis90/Die Grünen und SPD sowie von FW/Pro Auto angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2021

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .05.2021

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister